



## Elternpflichten und -rechte

### IV

## Obhut und persönlicher Verkehr

### Informationsblatt mit Fragen & Antworten

Die Ausgestaltung der Obhut und des persönlichen Verkehrs prägen das Leben des Kindes und seine Betreuung im Alltag sowie die Beziehung zu seinen Eltern massgeblich und haben so entscheidenden Einfluss auf das **Kindeswohl**. Die entsprechenden Gesetzesbestimmungen garantieren das Recht des Kindes, seinen individuellen Bedürfnissen entsprechend optimal betreut aufzuwachsen und regelmässige persönliche Kontakte zu seinen beiden Eltern zu haben.

Die Obhut und der persönliche Verkehr (auch «Besuchs- und Ferienrecht» genannt) gehören zu den gesetzlich geregelten **Pflichten und Rechten der Eltern** (auch: «**Kinderbelange**»), bei deren Ausgestaltung und Ausübung immer das Wohl des Kindes massgebend ist. Weitere Elternpflichtrechte sind die elterliche Sorge (Entscheidungsbefugnis der Eltern, auch «Sorgerecht» genannt) und der Unterhalt des Kindes (bzw. die elterliche Unterhaltspflicht), der sowohl die Finanzierung des Lebensunterhalts des Kindes als auch seine Betreuung umfasst.

Fragen zu den rechtlichen Regelungen der Elternpflichten und -rechte stellen sich ganz besonders, wenn die Eltern getrennt leben. Das vorliegende **Informationsblatt des Schweizerischen Verbands alleinerziehender Mütter und Väter SVAMV** orientiert über wichtige Bestimmungen und Bundesgerichtsurteile zur Obhut und zum persönlichen Verkehr. Damit will es in erster Linie alleinerziehenden Eltern Unterstützung bieten. Es richtet sich aber auch an Fachleute, die Einelternfamilien begleiten, und an andere Interessierte.

Das Informationsblatt ist das vierte der **Reihe**, die der SVAMV zum Thema «Elternpflichten und -rechte» zur Verfügung stellt. «**Elternpflichten und -rechte: I**» gibt einen Überblick über die gesetzlichen Regelungen sowie Hinweise zur Umsetzung im Familienalltag. Die Informationsblätter «**Elternpflichten und -rechte: II Elterliche Sorge**» und «**III Unterhalt des Kindes**» befassen sich vertieft mit den rechtlichen Regelungen dieser beiden Pflichtrechte.

#### Inhalt

##### 1. Begriffe und allgemeine Regelungen

- Was ist die Obhut des Kindes?
- Was ist der persönliche Verkehr?



- Was unterscheidet Obhut und Betreuung?
- Was kann eine Elternperson allein entscheiden, wenn die Eltern die elterliche Sorge gemeinsam innehaben?
- Was ist der Wohnsitz des Kindes?

## 2. Elterliche Obhut

- Wie ist die elterliche Obhut rechtlich geregelt?
- Wo hat das Kind seinen Wohnsitz?
- Wer entscheidet darüber, wer die Obhut übernimmt?
- Welche Kriterien hat das Bundesgericht für die Zuteilung der alternierenden Obhut festgelegt?
- Welcher Zusammenhang besteht zwischen Obhut und Unterhaltszahlungen?

## 3. Persönlicher Verkehr und Elternschaft

- Welche rechtlichen Bestimmungen gelten für den persönlichen Verkehr?
- Grenzen des persönlichen Verkehrs: Wie ist der Schutz des Kindes geregelt?

## 4. Quellen und weiterführende Informationen

# 1. Begriffe und allgemeine Regelungen

### Was ist die Obhut des Kindes?

- Obhut bedeutet, mit dem minderjährigen Kind zusammen in **häuslicher Gemeinschaft** zu leben und ihm täglich das zu geben, was es für seine harmonische körperliche, seelische, geistige und soziale Entfaltung braucht: Pflege und Erziehung, Nahrung, Kleidung und anderes mehr.
- Eltern, die das Kind in ihrer Obhut haben, sind befugt, das Kind täglich zu betreuen und diejenigen Rechte und Pflichten auszuüben, welche seine **Pflege** und **laufende Erziehung** betreffen.
- Dagegen ist das Pflichtrecht, den **Aufenthaltort** des Kindes zu bestimmen und damit zu entscheiden, wer seine Obhut übernimmt, nicht Teil der Obhut, sondern der elterlichen Sorge (Artikel 301a Abs. 1 des Zivilgesetzbuchs ZGB) (siehe auch unten: Was kann eine Elternperson allein entscheiden, wenn die Eltern die elterliche Sorge gemeinsam haben?).

### Was ist der persönliche Verkehr?

- Das Kind und die Elternperson, die die elterliche Sorge oder die **Obhut nicht** innehaben, haben **gegenseitig** Anspruch auf angemessenen persönlichen Verkehr (Art. 273 Abs. 1 ZGB).
- Der Anspruch des Kindes auf **Alimente** besteht unabhängig vom Anspruch auf persönlichen Verkehr.



### Was unterscheidet Obhut und Betreuung?

- Der Begriff der Betreuung ist weiter gefasst als derjenige der Obhut: Ausser den Elternpersonen, die mit dem Kind zusammenwohnen und die Obhut innehaben, können auch **Dritte** die Betreuung wahrnehmen, zum Beispiel die Tagesmutter, Betreuende in der Kita oder Grosseltern.
- Hat eine Elternperson das Kind nicht in ihrer Obhut, betreut sie es im Rahmen des persönlichen Verkehrs (siehe unten: 3. Persönlicher Verkehr und Elternschaft).

### Was kann eine Elternperson allein entscheiden, wenn die Eltern die elterliche Sorge gemeinsam innehaben?

- Die Entscheidungen, die bei gemeinsamer Sorge von einer Elternperson alleine getroffen werden können, sind nicht an die Obhut, sondern an die **Betreuung** gebunden.
- Die Mutter oder der Vater, die bzw. der das Kind im Rahmen der Obhut oder des persönlichen Verkehrs **betreut**, kann alleine entscheiden
  - bei **alltäglichen** oder **dringlichen Angelegenheiten**, und
  - wenn sie oder er die andere Elternperson nicht mit vernünftigen Aufwand **erreichen** kann (Art. 301 Abs. 1<sup>bis</sup> ZGB).
  - Alltägliche Angelegenheiten haben einen engen Zusammenhang mit der **täglichen** Betreuung und Pflege des Kindes. Beispiele sind die Teilnahme an einem Tagesausflug der Schule, die Behandlung einer Erkältung oder die Bestimmung der Schlafenszeit.

### Was ist der Wohnsitz des Kindes?

- Der **zivilrechtliche** Wohnsitz bezeichnet den Ort, an dem sich eine Person dauerhaft aufhält (ihren Lebensmittelpunkt) (Art. 25 Abs. 1 ZGB).
  - Der zivilrechtliche Wohnsitz ist massgebend für die **örtliche** Zuständigkeit von Gerichten und Behörden wie z.B. der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde. Kinder gehen in der Regel an ihrem Wohnsitz zur Schule.
- Der Wohnsitz der Eltern und die Regelung der Obhut und der elterlichen Sorge bestimmen den Wohnsitz des Kindes (siehe unten: Wo hat das Kind seinen Wohnsitz?).

## 2. Elterliche Obhut

### Wie ist die elterliche Obhut rechtlich geregelt?

- Die Obhut steht **Eltern mit elterlicher Sorge** zu.
  - Zudem können **Pflegeeltern** als Vertreter der Eltern Inhaber der Obhut sein (vergleiche Art. 300 ZGB).
- Leben die Eltern im **gleichen Haushalt**, haben sie die Obhut des Kindes gemeinsam inne.
- Leben die Eltern **getrennt**, bestimmt die Aufteilung der **Betreuung** die Zuteilung der Obhut.
  - Um den Lebensunterhalt des Kindes und die Stabilität seiner Betreuung sicherstellen zu können, übernimmt meistens eine Elternperson den Hauptteil der Betreuung und die andere den Hauptteil des finanziellen Unterhalts. Das Kind wohnt hauptsächlich bei der hauptbetreuenden Person, die

dementsprechend die **alleinige Obhut** innehat. (In der Regel ist dies heute noch die Mutter - eine Folge der vorherrschenden elterlichen Aufgabenteilung vor der Trennung oder Scheidung, die aus praktischen und finanziellen Gründen weitergeführt wird.)

- Die andere Elternperson betreut das Kind im Rahmen des **persönlichen Verkehrs**. Es verbringt zum Beispiel zwei Wochenenden im Monat und einen Teil der Ferien bei ihr, um eine Regelung zu nennen, die häufig gewählt wird.
- Bei der **alternierenden Obhut** betreuen die getrenntlebenden Eltern das Kind abwechselnd, entsprechend einem festgelegten Zeitplan. In diesem Fall werden statt des persönlichen Verkehrs die **Betreuungsanteile** geregelt, die jede Elternperson übernimmt.
  - Beim **symmetrischen** Modell betreuen die Eltern das Kind zu etwa gleichen Teilen.
  - Das Betreuungsmodell kann auch **asymmetrisch** ausgestaltet sein, der Betreuungsanteil der Elternperson, die das Kind seltener betreut, ist aber umfangreicher als die beim persönlichen Verkehr übliche Regelung.
  - Laut **Bundesgericht** liegt die alternierende Obhut vor, wenn sich eine Elternperson **massgeblich** an der Betreuung des Kindes beteiligt (BGE 147 III 121).
- **Bundesgerichtsurteil:**
  - BGE 147 III 121 (5A\_139/2020 vom 26. November 2020)

#### Wo hat das Kind seinen Wohnsitz?

- Bei **gemeinsamer elterlicher Sorge**:
  - Leben die Eltern **zusammen** (gemeinsame Obhut), gilt ihr gemeinsamer Wohnsitz als Wohnsitz des Kindes.
  - Wohnen die Eltern **getrennt**, hat das Kind seinen Wohnsitz am Wohnsitz der Mutter oder des Vaters, die oder der die **alleinige Obhut** innehat.
  - Bei **alternierender Obhut** der getrenntlebenden Eltern wird der Wohnsitz des Kindes durch seinen **Aufenthaltsort** bestimmt. Damit ist der Ort gemeint, zu dem das Kind die engste Beziehung hat, zum Beispiel dort, wo es die Schule besucht oder eingeschult wird. Die Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) empfiehlt, dass das Kind seinen Wohnsitz am Wohnsitz der Elternperson hat, die es am häufigsten betreut. Beteiligen sich Mutter und Vater in gleichem Mass an der Betreuung des Kindes, legen die Eltern oder die Behörde, die das Betreuungsmodell verfügt, den Wohnsitz des Kindes fest.
- Bei **alleiniger elterlicher Sorge**:
  - Hat eine Elternperson die elterliche Sorge alleine inne, befindet sich der Wohnsitz des Kindes an ihrem Wohnsitz (auch wenn das Kind nicht in ihrer Obhut lebt).

#### Wer entscheidet darüber, wer die Obhut übernimmt?

- Eltern, die die **elterliche Sorge** innehaben, haben - immer mit Blick auf das Wohl des Kindes - das Recht, den Aufenthaltsort des Kindes und damit die Obhut zu bestimmen (**Aufenthaltsbestimmungsrecht**) (Art. 301a Abs. 1 ZGB).
- Bei **gemeinsamer elterlicher Sorge** müssen beide Eltern einem **Wechsel des Aufenthaltsorts des Kindes** zustimmen, wenn

- der neue Aufenthaltsort im Ausland liegt, oder
- der Wechsel erhebliche Auswirkungen auf die Ausübung der elterlichen Sorge oder des persönlichen Verkehrs hat (Art. 301a Abs. 2 ZGB).
- Diese Bestimmung soll einen **Umzug nicht verhindern**, sondern sicherstellen, dass die Elternpflichten und –rechte nötigenfalls neu geregelt werden.
- Können sich die Eltern mit gemeinsamer Sorge **nicht** über die Zuteilung der Obhut oder einen Umzug des Kindes **einigen**, entscheidet die zuständige **Behörde** (Gericht, Kindesschutzbehörde KESB).
  - Massgebend für die Entscheide der Behörden ist immer das **Wohl des Kindes**.
    - Die Interessen der Eltern müssen in den Hintergrund treten.
    - Sorgeberechtigte Eltern haben kein Recht darauf, an der Betreuung des Kindes (über den persönlichen Verkehr hinaus) beteiligt zu werden.
    - Umgekehrt kann eine Elternperson kaum gegen ihren Willen verpflichtet werden, einen Betreuungsanteil zu übernehmen.
  - Gericht und KESB müssen diejenige Regelung der Obhut treffen, die aller Voraussicht nach dem Wohl des Kindes aufgrund der konkreten Umstände im **Einzelfall** am besten entspricht. Das **Bundesgericht** hat **Grundsätze** festgelegt, welche die Behörden beim Entscheid über den **künftigen Aufenthaltsort** von Kindern anzuwenden haben, wenn die Mutter oder der Vater gegen den Willen der anderen Elternperson mit den Kindern umziehen will und die Eltern die gemeinsame elterliche Sorge haben (für detailliertere Informationen siehe SVAMV-Informationsblatt «Elternpflichten und -rechte: II Elterliche Sorge).

Die zuständige Behörde muss insbesondere

- das Wohl des Kindes, das die oberste Richtschnur für den Entscheid über die Zustimmung zum Umzug bildet, in der **neuen** Situation beurteilen,
- die **Niederlassungsfreiheit** und die Freiheit der Lebensgestaltung der umzugswilligen Elternperson respektieren; dabei spielen deren Gründe für den Umzug keine Rolle,
- zusammen mit dem Entscheid über die Verlegung des Wohnsitzes des Kindes prüfen, ob eine Anpassung der **übrigen** Elternpflichten und –rechte nötig ist; diese Prüfung hängt eng mit der Frage des Umzugs zusammen und darf deshalb in der Regel nicht unterbleiben oder unabhängig vom Entscheid über den Wegzug des Kindes erfolgen. Auch hier ist das Wohl des Kindes in der neuen Situation massgebend.
- Die zuständige Behörde muss von Amtes wegen und insbesondere auf Verlangen einer Elternperson oder des Kindes (Art. 298 Abs. 2<sup>ter</sup> und Art. 298b Abs. 3<sup>ter</sup> ZGB) prüfen, ob eine **alternierende Obhut** möglich und mit dem Wohl des Kindes vereinbar ist; dies gilt auch für die **asymmetrische** Form der alternierenden Obhut (vom **Bundesgericht** festgelegte Kriterien für die Zuteilung der alternierenden Obhut siehe unten).
- **Zuständigkeit der Behörden**  
Wenn die **Eltern nicht miteinander verheiratet** sind:
  - Das **Gericht**
    - regelt die Obhut im Rahmen einer **Vaterschaftsklage** (Art. 298c ZGB, «Kompetenzattraktion») oder einer **Unterhaltsklage** (Art. 298b Abs. 3 ZGB), und
    - entscheidet über die **Abänderung** der Obhutsregelung im Rahmen einer Klage auf Änderung

des Unterhaltsbeitrags (Art. 298d Abs. 2 und 3 ZGB).

- Die **KESB**
  - nimmt die gemeinsame Sorgeerklärung entgegen, in der die Eltern bestätigen, dass sie sich über die Kinderbelange geeinigt haben (sofern diese nicht schon zusammen mit der Vaterschaftsanerkennung beim Zivilstandsamt abgegeben wurde), und **genehmigt** eine allfällige Obhutsvereinbarung (Art. 298a Abs. 4 ZGB),
  - regelt die Obhut im **Konfliktfall** (Art. 298b Abs. 3 ZGB), **ausser** wenn eine Vaterschafts- oder Unterhaltsklage eingereicht wurde, und
  - entscheidet bei **Einigkeit** der Eltern wie auch im **Konfliktfall** über die **Abänderung** der Obhutsregelung, **ausser** wenn eine Klage auf Abänderung des Unterhaltsbeitrags eingereicht wurde (Art. 298d ZGB).

Bei **eherechtlichen Verfahren** (Eheschutzverfahren, Ehetrennung, Scheidung):

- Das **Gericht**
  - regelt die Obhut zusammen mit den anderen Elternpflichten und -rechten: Es **genehmigt** die von den Eltern getroffene Vereinbarung oder ordnet im **Konfliktfall** eine Regelung an (Art. 133 Abs. 1 und 2, Art. 176 und Art. 298 Abs. 2 ZGB), und
  - entscheidet über die **strittige Abänderung** der Obhutsregelung (Art. 134 Abs. 3 und 4 sowie Art. 179 Abs. 1 ZGB).
  - Zudem regelt es nötigenfalls die **Änderung** der **Betreuungsanteile** (bzw. des persönlichen Verkehrs), wenn es über die Änderung der Obhut, der elterlichen Sorge oder des Unterhaltsbeitrags zu entscheiden hat (Art. 134 Abs. 4 ZGB).
- Die **KESB**
  - entscheidet über die **Änderung** der Obhutsregelung, wenn sich die geschiedenen oder gerichtlich getrennten Eltern **einig** sind (Art. 134 Abs. 3 und Art. 179 Abs. 1 ZGB), und
  - regelt nötigenfalls die **Änderung** der **Betreuungsanteile** (bzw. des persönlichen Verkehrs), **wenn** nicht das Gericht dies tut (siehe oben).

#### Welche Kriterien hat das Bundesgericht für die Zuteilung der alternierenden Obhut festgelegt?

- Die alternierende Obhut kommt gemäss Bundesgericht (BGer 5A\_629/2019 vom 13.11.2020, BGer 5A\_67/2021 vom 31.08.2021) grundsätzlich nur in Frage, wenn **beide Eltern erziehungsfähig** sind.
- Die Eltern müssen in den Kinderbelangen laufend miteinander **kommunizieren** und im Hinblick auf die nötigen organisatorischen Massnahmen **kooperieren** können und wollen, damit die alternierende Obhut in der Praxis möglich ist.
  - Dabei kann die Kommunikation zwischen den Eltern auch nur **schriftlich** erfolgen.
  - **Kein Hinderungsgrund** für die alternierende Obhut ist, wenn die Eltern die Vermittlung einer Drittperson brauchen, um gemeinsam über die Kinderbelange entscheiden zu können.
  - Auch kann nicht ohne weiteres angenommen werden, dass die nötige Kooperation nicht gewährleistet ist, wenn sich eine Elternperson der alternierenden Obhut widersetzt.
  - Von der alternierenden Obhut ist dann **abzusehen**, wenn das Verhältnis der Eltern in Bezug auf die Kinderbelange so feindselig ist, dass die alternierende Obhut das Kind voraussichtlich dem

gravierenden Elternkonflikt in einer Weise aussetzen würde, die seinen Interessen offensichtlich zuwiderläuft.

- Weitere Beurteilungskriterien sind:
  - Die **geografische** Situation, namentlich die Distanz zwischen den Wohnungen der beiden Eltern,
  - die für das Kindeswohl bedeutsame **Stabilität**, die mit einer Weiterführung der bisherigen Regelung einhergeht;
    - die alternierende Obhut ist umso eher angezeigt, wenn die Eltern das Kind schon vor ihrer Trennung oder auch vor der Scheidung während der Zeit der Ehetrennung abwechselnd betreut haben,
  - das **Alter des Kindes**,
  - seine Beziehungen zu (tatsächlichen oder faktischen) **Geschwistern**,
  - seine Einbettung in das weitere **soziale** Umfeld (BGE 142 III 612).
  - Die Möglichkeit der Eltern, das Kind **persönlich** zu betreuen.
    - Diese spielt hauptsächlich dann eine Rolle, wenn sie wegen der spezifischen Bedürfnisse des Kindes notwendig ist oder wenn ein Elternteil auch in den Randzeiten (morgens, abends und an den Wochenenden) nicht bzw. kaum zur Verfügung stünde; ansonsten ist von der Gleichwertigkeit von Eigen- und Fremdbetreuung auszugehen (vgl. BGE 144 III 481).
  - Der **Wunsch des Kindes**, selbst wenn es bezüglich der Betreuungsregelung (noch) nicht urteilsfähig ist.
  - Die weiteren Beurteilungskriterien hängen oft voneinander ab; die **konkreten Umstände** bestimmen, wie bedeutsam sie sind.
    - So **ist** das Kriterium der Stabilität bei Säuglingen und Kleinkindern wichtig.
    - Bei Jugendlichen kommt der Zugehörigkeit zum sozialen Umfeld grosse Bedeutung zu.
    - Die Kooperationsfähigkeit der Eltern muss besonders beachtet werden, wenn das Kind schulpflichtig ist oder die Entfernung zwischen den Wohnorten der Eltern mehr Organisation erfordert.
- **Bundesgerichtsurteile:**
  - BGer 5A\_629/2019 vom 13.11.2020
  - BGer 5A\_67/2021 vom 31.08.2021
  - BGE 142 III 612 (5A\_991/2015 vom 29.09.2016)
  - BGE 144 III 481 (5A\_384/2018 vom 21.09.2018)

### Welcher Zusammenhang besteht zwischen Obhut und Unterhaltszahlungen?

- Die elterliche Unterhaltspflicht umfasst die Pflege und Erziehung des Kindes (**Naturalunterhalt**) sowie Geldzahlungen (**Geldunterhalt**), um den Lebensunterhalt des Kindes einschliesslich seiner Betreuung zu finanzieren. Natural- und Geldunterhalt sind **gleichwertig** (BGE 147 III 265).
- Hat eine Elternperson das Kind in ihrer **alleinigen** Obhut, leistet sie laut Bundesgericht ihren Unterhaltsbeitrag vollständig als **Naturalunterhalt**. Grundsätzlich sorgt die andere Elternperson deshalb vollständig für den **Geldunterhalt**.
  - Von diesem Grundsatz kann allerdings abgewichen werden, wenn die hauptbetreuende Elternperson finanziell leistungsfähiger ist als die andere.

- Ausserdem dürfen keine Unterhaltsbeiträge festgelegt werden, die in das Existenzminimum der zahlungspflichtigen Person eingreifen (BGE 135 III 66).
- Haben die Eltern das Kind **alternierend** in Obhut, hängt der Beitrag jeder Elternperson am Geldunterhalt vom **Betreuungsanteil**, den sie übernimmt, und von ihrer **finanziellen** Leistungsfähigkeit ab.
  - Bei ähnlicher finanzieller Leistungsfähigkeit ist der Beitrag jeder Elternperson an den Geldunterhalt umgekehrt proportional zu ihrem Betreuungsanteil.
  - Bei hälftiger Betreuung ist der Beitrag jeder Elternperson an den Geldunterhalt proportional zu ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit.
- **Bundesgerichtsurteile:**
  - BGE 147 III 265 (BGer 5A\_311/2019 vom 11.11.2020)
  - BGE 135 III 66 (BGer 5A\_767/2007 vom 23.10.2008)

### 3. Persönlicher Verkehr und Elternschaft

#### Welche rechtlichen Bestimmungen gelten für den persönlichen Verkehr?

- Der Vater oder die Mutter ohne elterliche Sorge oder Obhut können verlangen, dass ihr **Anspruch** auf persönlichen Verkehr geregelt wird (Art. 273 Abs. 3 ZGB).
  - Ohne entsprechende Anordnungen ist der persönliche Verkehr gegen den Willen der Person, die die elterliche Sorge bzw. die Obhut innehat, nicht möglich (Art. 275 Abs. 3 ZGB).
- Jede Elternperson und das Kind können verlangen, dass der persönliche Verkehr **neu** geregelt wird, wenn sich die Verhältnisse wesentlich **verändern** und eine Neuregelung nötig ist, um das Wohl des Kindes zu wahren. Die behördliche Neuregelung kann auch von Amtes wegen erfolgen. (Art. 298d Abs. 1 ZGB)
- Für die Ausgestaltung und Ausübung des persönlichen Verkehrs ist das **Wohl des Kindes** massgebend.
  - Ansonsten entscheidet die Elternperson, die den persönlichen Verkehr ausübt, frei darüber, wie und wo sie die Zeit mit dem Kind verbringt.
- Das Gesetz schreibt vor, dass der **Vater und die Mutter alles unterlassen müssen**, was das Verhältnis des Kindes zur anderen Elternperson beeinträchtigt oder die Aufgabe der erziehenden Person erschwert (Art. 274 Abs. 1 ZGB).
- **Zuständigkeit der Behörden**  
Wenn die **Eltern nicht miteinander verheiratet** sind:
  - Die **KESB**
    - nimmt die gemeinsame Sorgeerklärung entgegen, in der die Eltern bestätigen, dass sie sich über die Kinderbelange geeinigt haben (sofern diese nicht schon zusammen mit der Vaterschaftsanerkennung beim Zivilstandsamt abgegeben wurde), und **genehmigt** die Vereinbarung über den persönlichen Verkehr (Art. 298a Abs. 4 ZGB),
    - regelt den persönlichen Verkehr im **Konfliktfall** (Art. 298b Abs. 3 ZGB), **ausser** wenn eine Vaterschafts- oder Unterhaltsklage eingereicht wurde, und
    - entscheidet bei **Einigkeit** der Eltern wie auch im **Konfliktfall** über die **Abänderung** des

persönlichen Verkehrs, **ausser** wenn eine Klage auf Abänderung des Unterhaltsbeitrags eingereicht wurde (Art. 298d ZGB).

- Das **Gericht**
  - regelt den persönlichen Verkehr im Rahmen einer **Vaterschaftsklage** (Art. 298c ZGB, «Kompetenzattraktion») oder einer **Unterhaltsklage** (Art. 298b Abs. 3 ZGB), und
  - entscheidet über die **Abänderung** des persönlichen Verkehrs im Rahmen einer **Klage** auf Änderung des Unterhaltsbeitrags (Art. 298d Abs. 2 und 3 ZGB).

Bei **eherechtlichen Verfahren** (Eheschutzverfahren, Ehetrennung, Scheidung):

- Das **Gericht**
  - regelt den persönlichen Verkehr zusammen mit den anderen Elternpflichten und -rechten: Es **genehmigt** die von den Eltern getroffene Vereinbarung oder ordnet im **Konfliktfall** eine Regelung an (Art. 133 Abs. 1 und 2, Art. 176 sowie Art. 298 Abs. 2 und Art. 275 Abs. 2 ZGB), und
  - entscheidet über die **strittige Abänderung** des persönlichen Verkehrs (Art. 134 Abs. 3 und 4 sowie Art. 179 Abs. 1 ZGB).
  - Zudem regelt es nötigenfalls die **Änderung** des persönlichen Verkehrs (bzw. der Betreuungsanteile), **wenn** es über die Änderung der Obhut, der elterlichen Sorge oder des Unterhaltsbeitrags zu entscheiden hat (Art. 134 Abs. 4 ZGB).
- Die **KESB**
  - entscheidet über die **Änderung** des persönlichen Verkehrs, wenn sich die geschiedenen oder gerichtlich getrennten Eltern **einig** sind (Art. 134 Abs. 3 und Art. 179 Abs. 1 ZGB), und
  - regelt nötigenfalls die **Änderung** des persönlichen Verkehrs (bzw. der Betreuungsanteile), **wenn** nicht das Gericht dies tut (siehe oben).

### Grenzen des persönlichen Verkehrs: Wie ist der Schutz des Kindes geregelt?

- Wirkt sich der persönliche Verkehr negativ auf das Kind aus (wegen der Art, wie er ausgeübt wird, wenn er nicht ausgeübt wird oder aus anderen Gründen), kann die **KESB** die Eltern, Pflegeeltern oder das Kind **ermahnen** und ihnen **Weisungen** erteilen (Art. 273 Abs. 2 ZGB).
  - Die Behörde kann z.B. anordnen, dass das Kind nicht mit Geschenken überhäuft wird, dass bestimmte Orte nicht mit dem Kind aufgesucht werden dürfen, oder dass das Kind rechtzeitig für den Besuch vorbereitet werden muss.
- Die KESB kann eine **Beiständin** oder einen Beistand für das Kind ernennen und ihr:ihm besondere Befugnisse übertragen, namentlich u.a. die Überwachung des persönlichen Verkehrs (Art. 308 Abs. 1 und 2 ZGB).
- Das Recht auf persönlichen Verkehr kann gemäss Art. 274 Abs. 2 ZGB **verweigert** oder sogar **entzogen** werden, wenn
  - die Kontakte das Wohl des Kindes gefährden,
  - die Eltern den persönlichen Verkehr pflichtwidrig ausüben,
  - sie sich nicht ernsthaft um das Kind gekümmert haben, oder
  - andere wichtige Gründe vorliegen.
- Statt des gänzlichen Entzugs des persönlichen Verkehrs kann die KESB auch ein **begleitetes Besuchsrecht** anordnen.



- Eine **Gefährdung** des Kindeswohls liegt vor, wenn der persönliche Verkehr die körperliche, geistige oder psychische Entwicklung des Kindes ernsthaft zu beeinträchtigen droht.
  - Dabei ist nur entscheidend, dass eine Gefährdung besteht; aus welchem Grund die betreffende Elternperson das Wohl des Kindes gefährdet, spielt keine Rolle.

## 4. Quellen und weiterführende Informationen

### Bundesamt für Justiz

<https://www.bj.admin.ch/bj/de/home/gesellschaft/gesetzgebung/archiv/elterlichesorge.html>

- Elterliche Sorge  
Änderung des Zivilgesetzbuches und der AHV-Verordnung

<https://www.bj.admin.ch/bj/de/home/gesellschaft/gesetzgebung/kindesunterhalt.html>

- Unterhalt des Kindes  
Änderung des Zivilgesetzbuches, der Zivilprozessordnung und des Zuständigkeitsgesetzes

<http://www.parlament.ch/d/dokumentation/berichte/berichte-legislativkommissionen/kommission-fuer-rechtsfragen-rk/Documents/bericht-bj-11-070-2012-06-11-d.pdf>

- Bundesamt für Justiz, 11. Juni 2012: 11.070 nZGB. Elterliche Sorge. Die Begriffe „Obhut“, „Betreuung“ und „Aufenthaltort“ gemäss Entwurf des Bundesrates vom 16. November 2011.

### KOKES Konferenz der Kantone für Kindes- und Erwachsenenschutz

<https://www.kokes.ch/de/dokumentation/revision-sorgerecht>

- Dokumentation: Revision Sorgerecht.  
Umsetzung gemeinsame elterliche Sorge als Regelfall. Empfehlungen der KOKES vom 13. Juni 2014

### Schweizerisches Bundesgericht

Rechtsprechung

[www.bger.ch](http://www.bger.ch)

Bundesgerichtsurteile:

- Alternierenden Obhut
  - BGer 5A\_629/2019 vom 13.11.2020
  - BGer 5A\_67/2021 vom 31.08.2021
  - BGE 142 III 612 (5A\_991/2015 vom 29.09.2016)
  - BGE 144 III 481 (5A\_384/2018 vom 21.09.2018)
  - BGE 147 III 121 (5A\_139/2020 vom 26. November 2020)
- Obhut und Unterhaltszahlungen
  - BGE 147 III 265 (BGer 5A\_311/2019 vom 11.11.2020)
  - BGE 135 III 66 (BGer 5A\_767/2007 vom 23.10.2008)



## **Schweizerischer Verband alleinerziehender Mütter und Väter SVAMV**

[www.einelternfamilie.ch](http://www.einelternfamilie.ch)

### Informationsblätter

- Elternpflichten und -rechte:
  - I Rechtliche Regelungen im Überblick und Hinweise für die kindgerechte Praxis (das vorliegende Informationsblatt)
  - II Elterliche Sorge
  - III Kindesunterhalt
  - IV Obhut und persönlicher Verkehr
- Einstieg in die Einelternfamilie (Ein Baby ohne Trauschein – Trennung – Scheidung)
- Wenn eine Elternperson minderjähriger Kinder stirbt
- Mustervereinbarungen mit Informationen und Hinweisen zum Ausfüllen
  - Unterhaltsvertrag
  - Persönlicher Verkehr
  - Gemeinsame elterliche Sorge
- Was, wenn Unterhaltsbeiträge nicht eintreffen?  
(je eine Langversion und eine Kurzversion mit Fragen & Antworten)
  - I Alimenteninkasso: Selber handeln
  - II Alimenteninkassohilfe
  - III Alimentenbevorschussung
- Rechte im Umgang mit Behörden  
(je eine Langversion und eine Kurzversion mit Fragen & Antworten)
- Alleinerziehen und Vorsorge
- Kindeswohl und Kinderschutz bei Einelterschaft
- Herausforderungen für Eineltern in ausserordentlichen Zeiten
- Kindeswohl in ausserordentlichen Zeiten

### **Systematische Sammlung des Bundesrechts**

[www.fedlex.admin.ch](http://www.fedlex.admin.ch)

- 0.107 Übereinkommen über die Rechte des Kindes
- 210 Schweizerisches Zivilgesetzbuch (ZGB)



Der **Schweizerische Verband alleinerziehender Mütter und Väter SVAMV** engagiert sich seit 1984, um die Lebenslage der alleinerziehenden Eltern und ihrer Kinder zu verbessern. Der SVAMV ist der **Dachverband** der Einelternfamilien in der Schweiz und **Fachorganisation** für die Einelternfamilie. Er ist Mitglied von Pro Familia Schweiz, Dachverband der Familien- und Elternorganisationen ([www.profamilia.ch](http://www.profamilia.ch)). Der SVAMV bietet auf [www.einelternfamilie.ch](http://www.einelternfamilie.ch) Informationen zu wichtigen Themen der Einelternschaft. Das Fachberatungs- und Coachingangebot und die Publikationen des SVAMV vermitteln Hilfe zur Selbsthilfe.

**Beratung gesucht?** Tel 031 351 77 71 oder [info@svamv.ch](mailto:info@svamv.ch)

**Unterstützen Sie den SVAMV, damit er sich auch in Zukunft wirksam und nachhaltig für Einelternfamilien und ihre Kinder einsetzen kann:**

- Werden Sie Gönnerin oder Gönner - fördern Sie die Arbeit des SVAMV mit einer Spende
- Verschenken Sie eine Mitgliedschaft beim SVAMV
- Werden Sie selbst Mitglied des SVAMV
- Machen Sie in Ihrem Umfeld auf die Angebote des SVAMV aufmerksam
- Setzen Sie sich für die Anliegen der Einelternfamilien und ihrer Kinder ein
- Engagieren Sie sich in Ihrer Gemeinde für kindgerechte Angebote für Familien

**Spendenkonto:** SVAMV, PC 90-16461-6, 3006 Bern - IBAN Nr. CH75 0900 0000 9001 6461 6

**Herzlichen Dank!**

Alle Rechte vorbehalten

©SVAMV/FSFM 2022

[einelternfamilie.ch](http://einelternfamilie.ch)  
[familieparentale.ch](http://familieparentale.ch)  
[famigliemonparentali.ch](http://famigliemonparentali.ch)

SVAMV, Postfach 334, 3000 Bern 6, Telefon 031 351 77 71, [info@svamv.ch](mailto:info@svamv.ch)

IBAN: CH75 0900 0000 9001 6461 6